

2. Jenseits von Technik und Wirtschaft. Zur Notwendigkeit sozialwissenschaftlicher Forschung

Viele Jahre wurde das Problem des Klimawandels vornehmlich aus einer ökonomisch-technologischen Sichtweise behandelt. In der Ökonomie dominierte die Kosten-Nutzen-Analyse die darauf abzielt, die Kosten von Klimapolitik, etwa im Rahmen der Umstellung des Energiesystems auf erneuerbare Energien, gegenüber vermiedenen Netto-Klima-Schäden aufzurechnen. So kam der spätere Wirtschaftsnobelpreisträger William D. Nordhaus (1992) in seiner Integration von Ökonomie und Klimaforschung zu dem Schluss, dass es volkswirtschaftlich optimal sei, Entwicklungspfade zuzulassen, die auf eine globale maximale Erderwärmung von etwas mehr als 3 °C zulaufen würden. Für die Jahre 1990 bis 1999 empfahl Nordhaus eine nur moderate Besteuerung von Treibhausmissionen, nämlich 5 Dollar pro Tonne CO₂.

Viele Klimaforscher:innen empfanden diese Empfehlung als schockierend und plädierten für eine geringere Maximaltemperatur. Mitte der 1990er kam dann auch der WBGU (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen) unter dem Einfluss von hauptsächlich naturwissenschaftlichen Argumenten zu der Empfehlung, die globale Temperatur auf 2 °C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen (Held 2024: 52). Dieses Ziel wurde vom Rat der EU-Mitgliedsstaaten 1996 übernommen und schließlich im Pariser Abkommen von 2015 völkerrechtlich wirksam. Nicht die Kosten-Nutzen-Analyse, sondern ein Vorsorgeprinzip kam dabei zum Tragen. Held (ebd.: 61) hebt hervor, dass das Zwei-Grad-Begrenzungsziel wegweisend war, da die Empfehlungen der wohlfahrtstheoretischen Schule der Kosten-Nutzen-Analyse eine Verzögerung der Klimapolitik von nahezu 30 Jahren mit sich gebracht hätten, empfahl sie doch, eine Erderwärmung von 3 bis 3,5 °C anzuvisieren und hinzunehmen. Hätte sich

die wohlfahrtstheoretische Kosten-Nutzen-Analyse weiterhin durchgesetzt, wären die klimapolitischen Maßnahmen noch inkonsequenter ausgefallen, als sie es heute ohnehin schon sind.¹

Von Technik und Ökonomie zu den Sozialwissenschaften

Die wissenschaftlichen Diskussionen und politischen Maßnahmen konzentrierten sich in den 1990er und 2000er Jahren stark auf »technologische Lösungen«, wie die Entwicklung erneuerbarer Energien, die Steigerung der Energieeffizienz oder die Einführung von CO₂-Speichertechnologien. Diese Herangehensweise basierte auf der Annahme, dass Innovationen in Wissenschaft und Technik ausreichen würden, um die Treibhausgasemissionen zu reduzieren und die Folgen des Klimawandels zu bewältigen. Internationale Abkommen wie das Kyoto-Protokoll (1997) spiegeln diesen Fokus wider, da sie vor allem auf marktbasierende Mechanismen wie den Emissionshandel setzten (Engels 2009). Während technologische Fortschritte zweifellos eine zentrale Rolle im Kampf gegen den Klimawandel spielen, wurde in dieser Zeit oft vernachlässigt, dass der Klimawandel auch ein tiefgreifendes gesellschaftliches Problem darstellt. Fragen nach der Bedeutung von Konsummustern, Wirtschaftswachstum, sozialer Gerechtigkeit oder der Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft spielten nur eine marginale Rolle. Es dominierte die Vorstellung einer ökologischen Modernisierung, die dabei überaus reduktionistisch und technokratisch ausgerichtet war (Hajer 1995).

Bereits 1998 diagnostizierte die amerikanische Soziologin Eve Passerini ein gravierendes Defizit: Die Nachhaltigkeitsforschung spiele in der Soziologie eine viel zu geringe Rolle. Diese Kritik wurde in den folgenden Jahren wiederholt aufgegriffen – etwa von Lever-Tracy (2008), die die mangelhafte Beschäftigung der Soziologie mit dem Klimawandel kritisierte. Die Disziplin habe sich zu stark auf das rein Soziale konzentriert und die Umwelt entweder als bloß sozial konstruiert oder für die Gesellschaftsanalyse als irrelevant betrachtet (vgl. Koehrsen 2022). Erst in den 2000er und 2010er Jahren begann sich diese Haltung langsam zu ändern. Immer mehr Sozialwissenschaftler:innen wiesen darauf hin, dass

1 Erst der Aufsatz von Hänsel et al. (2020) läutete eine Versöhnung der ökonomischen Kosten-Nutzen-Analyse mit dem Zwei-Grad-Begrenzungsziel ein.

der Klimawandel nicht allein durch technische Innovationen zu bewältigen sei, sondern grundlegende gesellschaftliche und kulturelle Veränderungen erfordere. Einen wichtigen Beitrag leistete dabei Mike Hulme (2009), indem er zeigte, dass es eine Vielzahl unterschiedlicher Sichtweisen auf den Klimawandel gibt: »Climate change is not ›a problem‹ waiting for ›a solution‹. It is an environmental, cultural and political phenomenon that is reshaping the way we think about ourselves, about our societies and about humanity's place on Earth« (ebd.: 1). Hulmes zentrale These war, dass der Klimawandel weit mehr ist als eine physische Veränderung; er hat sich zu einer Idee entwickelt, die verschiedene gesellschaftliche Bereiche durchdringt und dabei ständig neue Bedeutungen annimmt. »The idea of climate change is altering our social worlds« (ebd.: 2). Die verschiedenen kulturellen Bedeutungen des Klimawandels erklären auch, warum verbesserte naturwissenschaftliche Erkenntnisse nicht automatisch eins-zu-eins umgesetzt werden und zu effektiver Klimapolitik führen (vgl. Schenuit 2022). Daraus wurde geschlossen, dass die Soziologie dringend eine eigene Perspektive entwickeln müsse, da naturwissenschaftliche Perspektiven nicht hinreichend und ökonomische Ansätze zu individualistisch und marktbasiert seien (Urry 2010).

Zwar hat sich die Debatte seit diesen frühen Interventionen gewandelt und Bewegungen wie Fridays for Future mit ihrem Fokus auf Klimagerechtigkeit haben soziale Dimensionen stärker ins Bewusstsein gerückt. Auch hat sich im deutschsprachigen Raum eine soziologische Nachhaltigkeitsdebatte etablieren können (Brand 2021a; Brand 2021; Henkel et al. 2021). Doch nach wie vor bleibt die Soziologie allgemein – jenseits der Umwelt- und Nachhaltigkeitssoziologie – insgesamt zurückhaltend (Engels 2020): Wie aktuelle Analysen zeigen, befassen sich nur wenige Artikel in führenden Fachzeitschriften mit ökologischen Fragen wie dem Klimawandel (Diekmann 2024, Hiltner 2024). Auf dieser Linie hat Thomas Scheffer (2022) der Disziplin attestiert, dass sie die Problemschwere des Klimawandels von sich fern gehalten habe, indem sie zu sehr die soziologische Haltung der Problem дистанzierung eingenommen habe: Man beobachtet aus der Ferne, wie gesellschaftliche Akteure – wie bspw. die Klimaforschenden – Alarm schlagen. So verwundert es auch nicht, dass die sozialwissenschaftlichen Perspektiven auch im IPCC unterrepräsentiert bleiben (Borie et al. 2021). Schon 2009 konstatierte die Politikwissenschaftlerin Silke Beck, dass der IPCC zwar erfolgreich das Klimaproblem auf die politische Agenda gesetzt habe, doch mangle es an der Berücksichtigung sozialer Dimensionen.

Dies liege vor allem an der Fokussierung auf Klimamodelle und einem technokratischen Politikverständnis (vgl. Schäper 2022).

Gesellschaften des Klimawandels: Kapitalismus und Moderne

Erst in jüngster Zeit sind vermehrt sozialwissenschaftliche Perspektiven auf die sozial-ökologische Krisenkonstellation und speziell auf den Klimawandel vorgelegt worden. Sie argumentieren breit und gesellschaftstheoretisch und haben den Blick für die Pfadabhängigkeit gesellschaftlicher Entwicklungen und für die vorherrschende gesellschaftliche Indolenz geschärft. Aktuelle Interventionen wie die von Nassehi (2024), Beckert (2024) oder Blühdorn (2024) vertreten die These, dass moderne Gesellschaften strukturell keine Antworten auf den Klimawandel entfalten können oder dass das Transformationsprojekt insgesamt unhaltbar ist. Das Problem dieser Ansätze ist, wie ich im Folgenden zeige, dass sie ihren Gegenstand – Gesellschaft – reifizieren, bisherige Erfolge und Wandlungsprozesse mit Blick auf den Klimawandel unterschätzen und performativ eben genau diese Indolenz erst mitbewirken, welche sie zu beobachten vorgeben.

Spiegelbildlich dazu gibt es kapitalismuskritische Arbeiten, die ausformulieren, wie die Klimakrise mit kapitalistischer Profitmaximierung und Strukturen der Kolonialität verknüpft ist und dass nach der Überwindung beider Strukturprinzipien auch die ökologischen Krisen lösbar würden. Hier wird eine große Transformation heraufbeschworen, ohne dass nachvollziehbar würde, wie, wann und wo man von der nicht-nachhaltigen kapitalistischen zur nachhaltigen nicht-kapitalistischen Gesellschaft kommen sollte (vgl. Moore 2020; Brand/Wissen 2017).

a) Funktionale Differenzierung

In *Kritik der großen Geste. Anders über gesellschaftliche Transformation nachdenken* analysiert der Soziologe Armin Nassehi (2024), warum moderne Gesellschaften Schwierigkeiten haben, auf kollektive Herausforderungen wie Klimawandel, Migration oder Pandemien angemessen zu reagieren. Auf der Linie der Luhmann'schen Systemtheorie argumentiert er, dass moderne Gesellschaften über kein Steuerungszentrum verfügen; sie bestehen aus funktional ausdifferenzierten Teilsystemen (wie Wirtschaft, Politik, Recht), die jeweils eigenen Logiken folgen. Jedes die-

ser Teilsysteme operiert entlang eines binären Codes, der die Kommunikation auf eine Alternative beschränkt: In der Wirtschaft geht es um Zahlen oder Nichtzahlen, in der Politik um Macht oder Ohnmacht oder in der Wissenschaft um wahr oder unwahr. Die binären Codes sichern die operative Geschlossenheit der Teilsysteme und ermöglichen ihre eigenständige Funktionsweise.

Diese als funktional bezeichnete Form der Differenzierung macht sie zwar effizient bei der Bewältigung spezifischer Probleme, erschwert jedoch die Koordination bei übergreifenden Krisen, die synchrone Anpassungen in allen Teilsystemen erfordern. Mitte der 1980er Jahre schrieb Niklas Luhmann mit Blick auf ökologische Fragen, dass sich ökologischer Protest gleichsam gegen die funktionale Differenzierung der Gesellschaft selbst richte: »Man möchte die Umwelt gegen die funktionsrationalen Codierungen der Gesellschaft zur Geltung bringen. Man möchte, alles in allem, gegenüber jeder Codierung die Position des ausgeschlossenen Dritten annehmen [...]« (Luhmann 1986: 234). Dabei sind die moralischen Forderungen von sozialen Bewegungen z.B. für das Wirtschaftssystem nur indifferentes »Rauschen«, solange sie sich nicht auf das Schema Zahlen/Nichtzahlen beziehen lassen.

Vor diesem Hintergrund kritisiert Nassehi die Erwartung, dass »große Gesten« oder öffentliche Appelle allein ausreichen, um gesellschaftliche Transformationen zu bewirken. Er zeigt, dass die Öffentlichkeit zwar Krisen sichtbar macht, aber nicht die Gesellschaft als Ganzes repräsentiert. Gleichzeitig fehle es an einer Instanz, die die Teilsysteme koordinieren könnte, was zu langsamen und oft unzureichenden politischen Reaktionen führe. Die individuellen Lebenswelten seien zudem durch Routinen geprägt und abgesichert, die komplexe Krisen ausblenden, bis sie unübersehbar werden. Nassehi betont im Unterschied zu Luhmann damit die Rolle der Individuen, die in verschiedenen Teilsystemen agieren und deren Integration leisten müssen. Diese Anforderung kann überfordern. Er warnt daher vor großen Gesten, die eine gesellschaftliche Transformation einfordern – diese können nur enttäuscht werden.

Denn Gesellschaften sind für Nassehi vor allem träge. Trotz Dringlichkeit und Katastrophensemantik setzen sich auch in Zeiten rapider Erderwärmung Routinen und Abwehrreaktionen durch, und politisch gehe es daher nur in kleinen Schritten vorwärts. Pointiert drückt Nassehi (ebd.: 13) das in Abwandlung eines Buchtitels von Harald Welzer so aus: »Es könnte keineswegs alles anders sein. Als Sozialwissenschaftler

kann man, nein, muss man wissen, wie stabil, wie manchmal kaum auszuhalten stabil und erwartbar sich Praktiken und Routinen darstellen [...] und wie mächtig die Gewohnheit ist.« Der Alltag ist für Nassehi stabiler als jedes Argument (ebd.: 137). Man könne zwar Dringlichkeit postulieren und den großen Wurf in Richtung einer umfassenden Transformation fordern, dies nütze aber nichts, solange man nicht erkenne, dass »all das nichts wert ist, wenn nicht ins Kalkül gezogen wird, dass der Gegenstand, um den es geht, selbst und eigensinnig auf jeden Versuch der Intervention reagiert« (ebd.: 17). Gesamtlösungen aus einem Guss können nicht verfangen, da Gesellschaft eben nicht aus einem Guss gebaut sei.

Christoph Deutschmann (2024) hat in einer Rezension von Nassehis Buch zurecht den überaus pessimistischen Tenor kritisiert. Große Geste können zwar nicht auslösen und umsetzen, was sie als dringliche Gesamttransformation fordern, aber nutzlos seien sie nicht: »Im Gegenteil, sie sind unverzichtbar, gerade um das Terrain für die zweifellos notwendigen kleinen Schritte vorzubereiten, die andernfalls vielleicht gänzlich ausbleiben würden.« So gesehen ist Nassehis Fokus auf die große Geste denn auch irreführend: Welche gesellschaftlichen Akteure stehen denn an der gesellschaftlichen Seitenlinie und rufen nach Transformation, ohne konkret zu benennen, was im Detail zu tun wäre? Das Gros von Akteuren arbeitet genau daran, die gesamtgesellschaftliche Transformation durch viele kleine, auch disparate Schritte, Wirklichkeit werden zu lassen. Es bewegt und verändert sich mehr, als die Systemtheorie beobachtet. Ihre Kritik der »Großen Transformation« hängt am aufgebauten Strohmann, dass angeblich ökologische und Klimabewegungen Veränderungen aus einem Guss fordern – tun sie aber gar nicht, wie schon ein flüchtiger Blick auf die politischen Forderungen von Fridays for Future oder der Letzten Generation zeigt.

Das Problem differenzierungstheoretischer Ansätze ist weniger in der Realität als in der Theorieanlage selbst zu suchen. Auf der einen Seite wird die Eigenlogik der Teilsysteme postuliert, ohne die Offenheit der Codes, die Möglichkeit »grenzüberschreitender Kommunikation« hinreichend zur Kenntnis zu nehmen. Richtig ist, dass funktional differenzierte Gesellschaften systemisch träge sind, doch durch die Vorstellung der operativen Geschlossenheit von Funktionssystemen wird am Ende der Gegenstand der Soziologie – Gesellschaft – reifiziert. Bisherige Erfolge und Wandlungsprozesse mit Blick auf den Klimawandel werden

massiv unterschätzt und die Unfähigkeit zur gesellschaftlichen Transformation wird performativ miterzeugt.

Dabei handelt es sich um Probleme, die schon länger diskutiert werden (vgl. zum Folgenden: Joas 1992, Mayntz 1995, Adloff 1999). Die Systemtheorie operiert weitgehend ohne Rekurs auf individuelle oder kollektive Akteure, die etwas bewirken können. Sie konzentriert sich stattdessen auf die Selbstreferenz sozialer Funktionssysteme, die unabhängig von den Handlungen konkreter Akteure funktionieren. Dadurch wird die Rolle von Akteuren, die soziale Prozesse aktiv gestalten und beeinflussen, vernachlässigt. Die Theorie kann nicht erklären, wie Akteure soziale Differenzierungsprozesse selbst vorantreiben, abändern, aufheben oder steuern. Zudem vernachlässigt diese Sichtweise die Interdependenzen und Interaktionen zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen. Phänomene wie politische Steuerung, erfolgreiche soziale Bewegungen oder kollektives Handeln kann sie nicht angemessen erfassen, da diese oft auf der Überschneidung und Koordination verschiedener Teilsysteme beruhen. Dabei wird die Rolle von Macht, Interessen und Konflikten, die soziale Prozesse maßgeblich beeinflussen, vernachlässigt, so dass die Theorie nicht erklären kann, wie funktionale Differenzierung durch Machtkämpfe, Interessenkonflikte oder kollektives Handeln geformt wird. Sie bleibt einer abstrakten, evolutionären Logik verhaftet, die konkrete historische und soziale Prozesse und Ereignisse ausblendet und damit entpolitisiertend wirkt. Die Systemtheorie ist zwar in ihrer Abstraktion elegant, geht aber oft an der sozialen Realität vorbei.

Gesellschaftstheoretisch moderater, aber nicht weniger pessimistisch argumentiert Jens Beckert, der im Jahr 2024 ein vielbeachtetes Buch vorgelegt hat. *Verkaufte Zukunft. Warum der Kampf gegen den Klimawandel zu scheitern droht* bietet eine Analyse der Gründe, warum die globalen Bemühungen zur Bekämpfung des Klimawandels bisher weitgehend gescheitert sind und weiterhin scheitern könnten. Beckert legt detailliert im Rahmen einer vereinfachten und akteurszentrierten Differenzierungstheorie² dar, dass die Klimakrise nicht nur ein ökologisches, sondern vor allem ein soziales und wirtschaftliches Problem darstellt,

2 Beckert (2024: 20) formuliert seinen theoretischen Ansatz so: »Dafür nutze ich ein einfaches Modell, dem zufolge Wirtschaft, Politik, Bürger und Konsumenten zueinander in Konflikt stehen, zugleich aber aufeinander angewiesen sind und wechselseitig von ihren Leistungen profitieren.«

das tief in den Strukturen moderner Wachstumsgesellschaften verwurzelt ist. Dem Klimawandel könne man nur mit einem tiefgreifenden Wandel in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft begegnen. Ein solcher Wandel sei allerdings nicht in Sicht und bräuchte ohnehin viel zu viel Zeit (ebd.: 17).

Trotz jahrzehntelanger Bemühungen und zahlreicher Klimakonferenzen steigen die globalen Emissionen weiter an und die Klimapolitik ist geprägt von vielen Leerformeln, während fossile Energien weiterhin dominieren. Beckert kritisiert die Vorstellung eines »grünen Kapitalismus« als Widerspruch in sich, denn die kapitalistische Logik von Wachstum, Profit und Rendite stehe im direkten Konflikt mit den Anforderungen einer nachhaltigen Transformation. Unternehmen konzentrieren sich weiterhin auf profitable Geschäftsmodelle oder es wird bspw. die E-Mobilität als ökologische Lösung präsentiert, obwohl die Herstellung von Batterien und Solarpanels massive Umweltzerstörungen und soziale Ungerechtigkeiten im Globalen Süden verursacht. Der Kampf gegen den Klimawandel scheitere »an den Macht- und Anreizstrukturen des auf Gewinnerwirtschaftung, Konsum und unbegrenztes Wachstum geeichten Gesellschaftssystems« (ebd.: 178). Diese Strukturen der kapitalistischen Moderne seien machtvoller »als Einsicht und Sorge« (ebd.). Beckert teilt die Einschätzung, dass die Wachstumsorientierung des gegenwärtigen Kapitalismus nicht mit einem Leben innerhalb planetarer Grenzen in Einklang zu bringen ist. Degrowth – also Wachstumsrücknahme – vermag nach Beckert jedoch keine praktikablen Lösungen anzubieten, da Wachstum und Konsum zentrale Bindekräfte moderner Gesellschaften seien. Ein Verzicht darauf würde soziale Spannungen und politische Instabilität verstärken. Die bestehenden Macht- und Anreizstrukturen lassen den Übergang in eine Postwachstumsgesellschaft Beckert zufolge nicht zu.

Ähnlich argumentiert Hausknost (2020), der Habermas' Differenzierungsansatz folgt und daraus zwei Nachhaltigkeitsformen ableitet: lebensweltlich (subjektiv an Wohlstand, Sicherheit und Einflussgefühl orientiert) und systemisch (objektiv an biophysikalischen Grenzen orientiert). Beide stehen im Konflikt – denn ein lebensweltlich »gutes Leben« basiert oft systemisch auf einem nicht-nachhaltigen Ressourcenverbrauch. Der Staat kann zwar ökologische Teilziele erreichen, scheitert aber an der »gläsernen Decke der Transformation«. Seine Politik legitimiert sich symbolisch, ohne systemische Strukturen zu verändern.

Beckert betont, dass eigentlich der Staat eine zentrale Rolle bei der Bewältigung der Klimakrise spielen müsste. Doch viele Regierungen sind überaus zurückhaltend, die notwendigen Maßnahmen umzusetzen, da die politischen Widerstände gegen die Transformation in der Bevölkerung aufgrund der Angst vor Wohlstandsverlusten enorm hoch seien. Klimapolitik müsse also zugleich Sozialpolitik sein, um soziale Spaltungen zu verhindern und Akzeptanz für notwendige Veränderungen zu schaffen. Eine Politik des Klimaschutzes könne nur gelingen, wenn wirtschaftliche Prosperität, Steuereinnahmen und Loyalität von breiten Teilen der Bevölkerung erhalten bleiben (ebd.: 187).

Insgesamt plädiert Beckert für eine Klimaschutzpolitik partieller Lösungen und vor allem der resilienten Klimaanpassung: Statt unrealistische globale Ziele zu verfolgen, sollten Staaten und Gemeinden konkrete Maßnahmen ergreifen, um die Folgen des Klimawandels abzumildern. Lokale Initiativen der Stadtbegrünung, des Hochwasserschutzes oder des Ausbaus öffentlicher Verkehrsmittel können die Lebensqualität vor Ort verbessern und gleichzeitig ökologische Transformationen vorantreiben. Jens Beckert plädiert für einen soziologischen Realismus, der die Grenzen des Machbaren anerkenne und sich auf die Gestaltung einer lebenswerten Zukunft innerhalb der planetaren Grenzen konzentriere.

Beckert begreift die Klimakrise als eine tiefgreifende Krise der kapitalistischen Moderne, die nicht nur die natürliche, sondern auch die soziale Ordnung bedrohe. Im Anschluss hieran betont Wansleben (2024), dass wir uns längst in einer ökologischen Struktur- und Legitimationskrise der modernen Gesellschaft befinden. Dies verlange nicht nur, dass Fragen des Klimaschutzes im Zentrum der Gesellschaftstheorie ankommen müssen, sondern auch, dass wir uns in normativen Fragen mit einer erhöhten Komplexität konfrontiert sehen. Denn nicht nur das Klima, sondern auch die soziale Ordnung steht zunehmend auf dem Spiel. Beckert konstatiert denn auch, dass in einer um 2 bis 2,5 °C wärmeren Welt die Reparatur von Klimaschäden im Vordergrund stehen werde und es schwieriger sein werde, »demokratische soziale Ordnungen oder auch nur ein friedliches Zusammenleben zu organisieren« (Beckert 2024: 18).

Beckerts Analyse ist durchaus in der Lage, plausible Erklärungen für das bisher immer noch recht geringe Tempo beim Klimaschutz zu liefern. Während er gut beschreibt, was bisher der Fall ist, wird das Mögliche auf zweierlei Weisen abgeblendet. Das an sich sehr pessi-

mistische Buch stellt sich gleichwohl nicht der Frage, wie zukünftige Gesellschaften in einer stark erwärmten Welt aussehen könnten. Den Möglichkeitsraum möglicher kommender Katastrophen vermeidet Beckert zu betreten. Zum andern wählt er so wie Nassehi auch eine Makroperspektive, die Transformation als etwas imaginiert, das sich eigentlich aus einem Guss vollziehen muss. Diese Transformation ist bisher nicht erfolgt und wird wahrscheinlich auch in den kommenden Jahren nicht erfolgen. Dennoch: es zählt jedes Zehntel Grad Erwärmung. Daher müssen auch im Sinne des vorgeschlagenen soziologischen Realismus die Wandlungsprozesse in den Blick genommen werden, die nicht die »Große Transformation« an sich hervorbringen werden, aber dennoch entscheidende Verbesserungen im Klimaschutz und in der Klimaanpassung darstellen können. Die Makroperspektive auf den Kapitalismus als Ganzes verstellt den Blick dafür, wie auf der Ebene von Organisationen, Branchen, Industrien, Verbänden, Städten usw. durchaus Veränderungen stattfinden (Fligstein 2025).³ Zudem ist ein solcher Ansatz zu monokausal und zu wenig kontext-sensibel, so dass Kontingenzen und *critical junctures* innerhalb des Kapitalismus übersehen werden (vgl. Kapitel 4 sowie Wagner 2024b). Der Möglichkeitsraum des Wandels ist – so meine These – ebenfalls größer als Beckert unterstellt: Das Mögliche im Angesicht des drohenden Kollapses ist sowohl bedrohlicher als auch prinzipiell offener für positive Veränderungen als Beckerts Ansatz behauptet.

b) Von Marx zu Degrowth

Der Möglichkeitsraum für eine ökologische Modernisierung des Kapitalismus wird von vielen kapitalismuskritischen Ansätzen, die auf

-
- 3 Im Unterschied zur herkömmlichen Makrosoziologie hat sich in der Nachhaltigkeit- und Transitionsforschung daher eine Meso-Perspektive durchgesetzt, die Ansätze aus der evolutionären Ökonomie, der Innovationssoziologie und des Neo-Institutionalismus integriert. In der sog. Multi-Level Perspective interessiert man sich für Systemtransitionen auf der Meso-Ebene von Energie, Transport oder Ernährung (Geels et al. 2017; Geels 2019; Geels 2024). So gelang es bspw., die deutsche Energiewende als soziotechnische Transition besser zu verstehen. Allerdings ist der Ansatz aus soziologischer Sicht noch zu sehr wirtschaftswissenschaftlichen Paradigmen von technischer Innovation und Diffusion verhaftet.

eine große Transformation abzielen, als sehr eng angesehen. Angesichts der ökologischen Verheerungen hat eine ökologische Deutung des Marx'schen Werks in den letzten Jahren Bedeutung erlangt. Dabei stützt man sich oft auf Überlegungen von Marx zu der Frage, wie Gesellschaften in einen Austausch, einen Stoffwechsel mit der Natur treten. In kapitalistischen Gesellschaften findet sich nach Marx ein Riss im Stoffwechsel – *metabolic rift* in der einflussreichen Interpretation des US-amerikanischen Ökomarxisten John Bellamy Foster (1999): Warenaustausch und Kapitalakkumulation führen dazu, dass natürliche Güter und Rohstoffe sowie entstehende Abfälle unter den Verwertungsinteressen des Kapitals subsumiert werden, so dass »Störungen in den Stoffkreisläufen der Natur« entstehen. Marx setzte sich mit Blick auf die Landwirtschaft mit dem Stoffwechselriss (konkret: dem Verlust der Bodenfruchtbarkeit) im Zuge des Kapitalismus auseinander. Aber auch der Klimawandel kann als eine »planetarische Stoffwechselstörung« (Folkers 2022b: 279) beschrieben werden, da durch das Verbrennen fossiler Brennstoffe und die Zerstörung natürlicher Senken die selbstregulative Balance des Erdsystems mit seinem für das Holozän typischen CO₂-Gehalt durcheinandergebracht wird.

Auf dieser Linie stellt Jason W. Moores Buch *Kapitalismus im Lebensnetz. Ökologie und die Akkumulation des Kapitals* (2020) den Versuch dar, eine neue Perspektive auf die Geschichte des Kapitalismus zu entwickeln, in der er ökologische und soziale Prozesse als untrennbar miteinander verbunden betrachtet. Moore kritisiert die traditionelle Trennung von Natur und Gesellschaft und argumentiert, dass der Kapitalismus nicht nur ein Wirtschaftssystem ist, sondern eine spezifische Art und Weise, Natur zu organisieren und auszubeuten. Der Blick auf die Natur als ein der Gesellschaft Äußeres stellt für ihn die Voraussetzung der Kapitalakkumulation dar.

Sein Ansatz zielt darauf ab, eine Synthese aus marxistischer Theorie und Umweltgeschichte zu schaffen, um die Dynamik des Kapitalismus im Kontext ökologischer Krisen besser zu verstehen (Luks 2020). Moore betont, dass der Kapitalismus die Natur nicht nur zerstöre, sondern sie auch dazu zwingt, immer härter – quasi unentgeltlich – für ihn zu arbeiten. Den zentralen Mechanismus des Kapitalismus stelle dabei das »Gesetz der billigen Natur« dar (Moore 2020: 28), das darauf abzielt, unbezahlte Arbeit und Energie aus der Natur in Kapital umzuwandeln. Dies geschehe durch die Ausbeutung von Arbeit (inkl. Sorgearbeit), Energie, Nahrung und Rohstoffen (nach Moore die sog. »Billigen Vier«).

In seinen historischen Analysen beschreibt Moore, wie der Kapitalismus ständig neue »Ressourcengrenzgebiete« erschließen musste, um den Zufluss von billiger Arbeit, Energie, Nahrung und Rohstoffen aufrechtzuerhalten. Die Expansion des Kapitalismus erschloss mehr und mehr noch nicht warenförmige Bereiche der Reproduktion und der Natur. Mit fortschreitender Kapitalisierung würden die »Billigen Vier« immer teurer, was die Gewinne schmälere. Moore nennt dies das Wachsen von Negativwert – bspw. induziert durch den Klimawandel – und das Schrumpfen von Mehrwert (ebd.: 442f.). Historisch konnte der Kapitalismus diese Erschöpfung immer wieder abfedern, indem er neue Ressourcenquellen erschloss. Der Tendenz nach wachse der Bedarf nach »Billigen Naturen« aber schneller als diese sich regenerieren könnten oder es handle sich sowieso um endliche Rohstoffe. Heute werde es aus Moores Perspektive zunehmend schwieriger, den Zufluss dieser billigen Ressourcen zu erneuern, was er als das drohende »Ende der Billigen Vier« und damit als mögliches Ende des Kapitalismus betrachtet. »Das Ende der Billigen Nahrung kann durchaus das Ende der Moderne bedeuten und den Anfang von etwas weit Besserem«, resümiert er dementsprechend (ebd.: 443). Am Ende siegen bei Moore marxistische Teleologie und *wishful thinking* (der Kapitalismus muss an seinen Widersprüchen scheitern) über eine empirisch gesättigte sozialwissenschaftliche Analyse. Entsprechend weist *Kapitalismus im Lebensnetz* auch keine Antwort auf die Frage aus, was nun angesichts von Klima- und sonstigen ökologischen Katastrophen realistischerweise getan werden könnte oder müsste. Und selbst wenn der Zusammenbruch des Kapitalismus in der Zukunft käme, bleibt bei Moore völlig unklar, wie man mit den schon bestehenden irreversiblen ökologischen Lasten umgehen könnte.

Der Bestseller *Systemsturz* des Philosophen Kohei Saito (2023) kritisiert das kapitalistische Wirtschaftssystem, das er aufgrund seiner Wachstumslogik als Hauptursache des Klimawandels identifiziert, sowohl aus einer marxistischen wie auch einer Degrowth-Perspektive. Wirtschaftspolitische Versuche, der Klimakrise auf eine post-neoliberale Weise entgegenzutreten, etwa in Form von keynesianischen Programmen eines Green New Deals, verurteilt er, da auch sie nicht zu einer Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch beitragen. Saito plädiert für eine Abkehr von der Wachstumslogik und entwickelt auf der Grundlage von Karl Marx' Schriften ein postproduktivistisches Modell für eine gerechtere Gesellschaft im Zeitalter der

Klimakrise. Sein Konzept des Degrowth-Kommunismus zielt darauf ab, den Kapitalismus zu überwinden und ein Wirtschaftssystem zu schaffen, das weder Mensch noch Natur ausbeutet. Er stützt sich dabei auf Marx, geht aber über bekannte ökomarxistische Ansätze hinaus, da er in Marx' Forschungsnotizen, insbesondere in seiner Auseinandersetzung mit Agrarwissenschaftlern wie Justus von Liebig, ein Modell des Kommunismus findet, das nicht auf Wirtschaftswachstum ausgerichtet sei, sondern auf eine Ökonomie der Commons hinauslaufe (ebd.: 147ff.). Auf diese Weise wollte Marx, so Saito, den Riss im Stoffwechsel mit der Natur heilen. Marx' Vision einer kommunistischen Gesellschaft entwickelte sich laut Kohei Saito vom Produktivismus der 1840er Jahre hin zu einem Degrowth-Kommunismus in den 1870er Jahren, der auf nachhaltige Commons-Strukturen setze (ebd.: 186ff.).

Saitos geforderter Degrowth-Kommunismus umfasst: eine Gebrauchswirtschaft, die sich an menschlichen Grundbedürfnissen orientiert, eine Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichzeitiger Steigerung der Lebensqualität, eine Demokratisierung des Produktionsprozesses und eine neue Wertschätzung arbeitsintensiver systemrelevanter Arbeit (ebd.: 224ff.). Das Buch endet im Ausblick mit praktischen Beispielen wie Barcelona en Comú und dem Netzwerk Fearless Cities, die neue demokratische Partizipationsmöglichkeiten einführen wollen, oder der in Lateinamerika verbreiteten kleinbäuerlichen und agrarökologischen Bewegung La Via Campesina, die auf Ernährungssouveränität abzielt. Doch wie einzelne Initiativen und Bewegungen den Degrowth-Kommunismus realisieren sollten, bleibt im Dunklen. Es wird keine Transformationsstrategie aufgezeigt und zugleich jegliches ökologisches Modernisierungskonzept abgelehnt, so dass hier in keiner Weise deutlich wird, wie ein solcher Ansatz etwas gegen die Erderwärmung ausrichten könnte. Im Gegenteil, es scheint fast so, als ob das Schwelgen in utopischen Degrowth-Szenarien den Blick auf die Dringlichkeit der ökologischen Fragen verstellt und eine weitere Verdrängungsleistung darstellt, die spiegelbildlich zu den alltäglichen Verdrängungsleistungen der »gesellschaftlichen Mitte« ist.

Saito steht damit nicht allein. Tatsächlich hat sich in den letzten Jahren eine intensive Diskussion darüber entwickelt, ob moderne Gesellschaften aus ökologischen und sozialen Gründen von der Vorstellung eines immerwährenden Wirtschaftswachstums Abschied nehmen sollten. Daher ist es an dieser Stelle geboten, kurz etwas zum Hintergrund der Degrowth-Debatte zu sagen.

Der französische Begriff »décroissance« wurde bereits 1972 von André Gorz eingeführt, der eine Wachstumsrücknahme für notwendig hielt, um das ökologische Gleichgewicht der Erde zu erhalten. Nach einer Phase des Vergessens wurde das Konzept in den 2000er Jahren wieder aufgegriffen, insbesondere durch Serge Latouche (2015), der es als Alternative zum westlichen Entwicklungsmodell und zur nachhaltigen Entwicklung positionierte. Die Degrowth-Perspektive kritisiert die Vorstellung, dass Entwicklung auf immer größerem Ressourcenverbrauch und Güterkonsum beruhen müsse (vgl. Kapitel 1), und stellt sich als Alternative zum Konzept der nachhaltigen Entwicklung dar, das Ökologie, Ökonomie und Entwicklung miteinander versöhnen will (Acosta 2015). Die Degrowth-Bewegung hat in den letzten Jahren an Einfluss gewonnen und sich zu einer fundamentalen Kritik der Wachstumsidee westlicher Konsumgesellschaften entwickelt. Dabei geht es nicht nur um ökologische Fragen wie den CO₂-Ausstoß und die Erderwärmung, sondern auch um eine Kritik des BIP als Kennziffer, um eine Wachstums- und Beschleunigungskritik, um kapitalismuskritische Analysen und Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung oder einem Grundeinkommen (Kallis et al. 2015). Gemeinsam ist diesen Diskursen die Suche nach alternativen Wirtschaftsformen, die es ermöglichen, aus der wachstumsgetriebenen Moderne auszubrechen. Ziel ist eine Gesellschaft, die selbst gesetzte Ziele verfolgt und sich in Freiheit begrenzt, anstatt von ökonomischen Sachzwängen regiert zu werden (Latouche 2015). Eine Postwachstumsgesellschaft erfordert jedoch nicht nur eine andere Art des Wirtschaftens, sondern auch neue Institutionen, Identitätsideale und Mentalitäten jenseits der Wachstumslogik (Schmelzer/Vetter 2021).

Jason Hickel, einer der wichtigsten Protagonisten in der Degrowth-Debatte, geht in seinem Buch *Weniger ist Mehr* (2023) der Frage nach, ob es eine Alternative zum kapitalistischen Wachstumssystem gibt, das von vielen als alternativlos angesehen wird. Hickel bejaht dies und kritisiert den Kapitalismus scharf für seine sozialen Ungerechtigkeiten, die künstliche Verknappung von Ressourcen und die massive Umweltzerstörung. Er argumentiert, dass wir uns vom Kapitalismus befreien müssen, um die Krisen unserer Zeit zu überleben, und schlägt eine Postwachstumswirtschaft vor, die zum Wohle aller agiert und die Lebensgrundlagen bewahrt.

Hickel plädiert für Degrowth, worunter er die Reduzierung von »Material- und Energiedurchfluss der Wirtschaft« (ebd.: 234) versteht,

um ökologische Nachhaltigkeit zu erreichen. Er schlägt fünf Pfade zur Umsetzung von Degrowth bzw. in eine postkapitalistische Welt vor (ebd.: 232ff.): 1. die Verlängerung der Gebrauchsdauer von technischen Geräten, 2. Werbung zurückfahren, 3. Förderung von Sharing statt Privateigentum, 4. Lebensmittelverschwendung reduzieren, 5. das Herunterfahren ökologisch schädlicher Industrien wie die fossile Brennstoff- oder die Rindfleischindustrie. Hinzukommen sollten eine Reduzierung sozialer Ungleichheiten und die Dekommodifizierung öffentlicher Güter (etwa in den Bereichen Wohnen, Gesundheit und Bildung). Darüber hinaus betont Hickel die Notwendigkeit eines kulturellen Wandels, der das Verhältnis kapitalistischer Gesellschaften zur Natur neu definiere. Er plädiert zudem dafür, von indigenen und animistischen Weltbildern zu lernen, die die Natur nicht als getrennt vom Menschen betrachten.

Doch dieser hoffnungsvollen Vision einer nachhaltigen, dekommodifizierten und gerechten Gesellschaft mangelt es an einer soziologischen Analyse, wo Hebel zur Durchsetzung dieser Postwachstumsgesellschaft liegen. Da erscheint etwa Beckerts skeptisch-realistischer Blick auf den Kapitalismus tragfähiger, wenn auch tragischer zu sein. Zugleich wird nicht klar, warum die geforderten Maßnahmen überhaupt in eine andere Gesellschaft weisen sollten: Die oben kurz genannten fünf Pfade wären durchaus politisch und wirtschaftlich realisierbar, ohne dass sie in eine postkapitalistische Degrowth-Ökonomie weisen. Reformen innerhalb der bestehenden kapitalistischen Ordnung sind möglich, ohne dass sich die »Systemfrage« stellt – man denke nur an den sozialstaatlichen Kompromiss, der es ebenfalls institutionell vermied, die Systemfrage »Kapital versus Arbeit« grundsätzlich zu stellen (siehe dazu Kapitel 5).

Ulrich Brand und Markus Wissen kommt mit dem Buch *Imperiale Lebensweise* (2017) das Verdienst zu, die unterschiedlichen kritischen Debatten um eine fundamentale sozial-ökologische Transformation in einen allgemeinen theoretischen Rahmen gebracht zu haben. Sie haben das viel beachtete Konzept der imperialen Lebensweise entwickelt, das eine Verbindung zwischen Alltagspraxen, gesellschaftlichen Strukturen und globalen Machtverhältnissen herstellt. Sie zeigen, wie der Lebensstil des Globalen Nordens auf der Ausbeutung von Mensch und Natur im Globalen Süden basiert und geprägt ist durch die Externalisierung von Kosten (z.B. Umweltzerstörung, soziale Ungleichheit). Diese imperiale Lebensweise wird als Ursache und Stabilisator einer multiplen Kri-

se identifiziert, die ökologische, soziale und ökonomische Dimensionen umfasst. Das kapitalismuskritische Buch hat breite Anerkennung nicht nur im akademischen Raum, sondern auch in sozialen Bewegungen gefunden und gilt als wichtiges Analyseinstrument sozialer und ökologischer Ausbeutungsverhältnisse.

Die imperiale Lebensweise sei zutiefst mit der Geschichte des Kolonialismus und des Kapitalismus verwoben und wurde den Autoren zufolge im Zuge des Fordismus hegemonial. Sie habe sich durch den Prozess der Globalisierung seit 1990 und den Neoextraktivismus (etwa in Form von billigen Rohstoffen aus Lateinamerika) weiter verfestigt. Am Beispiel der Verbreitung von SUVs zeigen Brand und Wissen, wie sich in ihr die imperiale Lebensweise manifestiert – trotz wachsendem Umwelt- und Klimabewusstsein wird ein ressourcenintensiver Lebensstil aufrechterhalten. So kritisieren sie denn auch das Konzept des grünen Kapitalismus, da er weiterhin massive strukturelle Ungleichheiten hervorbringt. Als Alternative schlagen sie eine solidarische Lebensweise vor, die auf sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit basieren soll.

Brand und Wissen setzen die Analyse der imperialen Lebensweise in ihrem Buch *Kapitalismus am Limit. Öko-imperiale Spannungen, umkämpfte Krisenpolitik und solidarische Perspektiven* (2024) fort. Ihre These lautet hier, »dass die kapitalistische Produktionsweise und die mit ihr verbundene imperiale Lebensweise die entscheidende Ursache dafür sind, dass die Menschheit die planetaren Grenzen überschreitet« (ebd.: 18). Dabei argumentieren sie, dass der Kapitalismus mittlerweile an seine Grenzen stoße, da er zunehmend Schwierigkeiten habe, seine sozial-ökologischen Kosten zu externalisieren. Die imperiale Lebensweise, die auf ständigem Wachstum und der Aneignung von Ressourcen aus einem »Außen« beruht, werde immer problematischer, da dieses »Außen« – sowohl materiell als auch kulturell – schwinde. Die Autoren sehen drei mögliche Reaktionen auf diese Krise: a) eine ökologische Modernisierung (verkörpert bspw. im European Green Deal), die die imperiale Lebensweise stabilisiert, statt sie zu überwinden; b) eine autoritäre Stabilisierung, die durch reaktionäre rechtspopulistische Politiken versucht, die bestehende Ordnung zu sichern bzw. wiederherzustellen; c) solidarische Perspektiven, die auf eine grundlegende sozial-ökologische Transformation abzielen.

Die Autoren plädieren für die Verbreitung und Vertiefung einer solidarischen Lebensweise, die auf demokratischer Teilhabe, sozialer

Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit basieren soll. Sie sehen in progressiven gesellschaftlichen Bewegungen, Initiativen und sog. »transformativen Zellen« das Potential, eine solche Transformation voranzutreiben. Ihnen geht es um Projekte der Vergesellschaftung von Infrastrukturen (z.B. Energie, Wasser, Wohnen, Landwirtschaft und Ernährung) und des Aufbaus einer solidarischen Resilienz, die den Autoren zufolge zu einer »Frage des Überlebens« (ebd.: 228) wird. Allerdings bleibt unklar, wie diese Zellen in der aktuellen politischen und gesellschaftlichen Landschaft tatsächlich eine breite Wirksamkeit entfalten und sowohl der Modernisierung als auch der autoritären Stabilisierung etwas entgegensetzen können. Sie halten eher »die Erinnerung an die Machbarkeit einer anderen Produktions- und Lebensweise wach« (ebd.: 242), als dass von ihnen die große Transformation zu erwarten ist.

Dennoch können Brand und Wissen zufolge die »objektiven Verhältnisse« den Bewegungen entgegenkommen, die auf Solidarität abzielen. Der Kapitalismus scheitert hier nicht primär an seinen inneren ökonomischen Widersprüchen (Klassenkonflikt), sondern an dem Widerspruch an der »Grenze zwischen der kapitalistischen Ökonomie und ihren ›außerökonomischen‹ Existenzbedingungen« (ebd.: 81). Konkreter: »Für die kapitalistischen Ökonomien des globalen Nordens wird es immer schwieriger, ihre sozial-ökologischen Kosten zu externalisieren und sich ihre äußeren Voraussetzungen in Gestalt von Natur und unbezahlter oder gering bezahlter Arbeit anzueignen, ohne dabei gleichzeitig ihre eigenen Existenzbedingungen zu untergraben« (ebd.). Hier wird ein bekanntes Argument der Kapitalismuskritik wiederholt – wir haben die gleiche Logik schon bei Jason Moore identifiziert –, das von der vermeintlichen Gewissheit lebt, dass der Kapitalismus am Ende scheitert, wenn Mechanismen der Externalisierung von Kosten nicht mehr greifen. So ist der Ausblick von Brand und Wissen unbefriedigend, da auch hier das reale und mögliche Verhältnis von ökologischer Modernisierung, Autoritarismus und den Chancen auf eine fundamentale Transformation unterbestimmt bleibt. Möglicher Wandel zu mehr Solidarität findet allein in konkreten Kämpfen in gesellschaftlichen Nischen statt und wird nicht hinreichend daraufhin befragt, wie realistisch die Hoffnung ist, dass hieraus eine sozial-ökologische Transformation erwächst – gerade auch angesichts der drängenden Zeit im Zuge der rasch voranschreitenden Erderwärmung. Blühdorn (2025) hat darüber hinaus angemerkt, dass Brand und Wissen einer traditionellen objek-

tivistischen Rhetorik von »Wende oder Ende« verhaftet bleiben, ohne diesen normativen Horizont selbst zu reflektieren. So bleibt das Buch für ihn eher ein Appell als ein Handlungsleitfaden für die Überwindung der imperialen Lebensweise.

Stephan Lessenich (2016) hat schon vor einigen Jahren in einem Buch zur »Externalisierungsgesellschaft« die kapitalismuskritische Debatte in Deutschland um entscheidende, nämlich ebenfalls um globale Dimensionen der Verflechtung erweitert. Er zielt darauf ab, dass man in den europäischen und nordamerikanischen Gesellschaften Freiheit und Wohlstand geschaffen habe, indem man andere Lebenswelten kolonialisiert und zerstört hat. Der Globale Norden hat sich nach Lessenich zu Lasten Dritter, des Globalen Südens, entwickelt. Den Menschen des Nordens gehe es – obwohl es natürlich auch hier extreme Ungleichheitsverhältnisse gibt – vergleichsweise gut, weil anderswo Verzicht geübt bzw. ausgebeutet werde. Die unwürdigen Arbeitsbedingungen in vielen Ländern des Südens und die massiven Umweltzerstörungen (etwa in pestizidverseuchten Plantagen) beruhen auf ungleichen ökonomischen und ökologischen Tauschverhältnissen: »In der Externalisierungsgesellschaft besteht Macht in der Chance, die Kosten der eigenen Lebensführung auf andere abzuwälzen – und diese Chance ist strukturell ungleich verteilt« (ebd.: 62). Dieses Prinzip ruhe auf Alltagspraktiken von Verdrängungen und Abwehr der eigenen Schuld. Es schlägt sich für ihn in einem kollektiv geteilten Habitus der Externalisierung nieder. Die Praxis der Auslagerung der Kosten der eigenen Lebensweise auf Dritte werde habituell vollzogen und zugleich werde dieser Strukturzusammenhang aus der alltäglichen Lebensführung qua Abspaltung und Umlenkung ausgeblendet: »Bürden, die anderen Menschen und Weltregionen auferlegt werden, [werden] vom kollektiven Gefühlsleben abgetrennt und ins Jenseits der gesellschaftlichen Wahrnehmung verschoben« (ebd.: 69).

Die Lebensweise der Externalisierungsgesellschaft beruhe auf fossilen Brennstoffen, die maßgeblich und buchstäblich die Wachstumsgesellschaft befeuert haben. Die Wachstumsmentalität sei tief in die subjektiven Erfahrungen und Vorstellungen der Individuen eingeschrieben (Lessenich 2022: 90). Die gegenwärtigen Krisenerscheinungen moderner Gesellschaften führt er maßgeblich darauf zurück, dass mehr und mehr realisiert werde, dass die westlichen Gesellschaften aus der Normalität des Wachstums gerissen werden – dies komme »einer traumatischen Erfahrung gleich« (ebd.: 96). Regression und Res-

sentiment seien vielfach die Folge dieser traumatischen Erfahrungen. Diesen müsse man begegnen und es komme nun darauf an – so formuliert Lessenich tastend und vage –, nach »Möglichkeiten alternativer Formen der Vergesellschaftung« (ebd.: 131) zu suchen. Die Alternative zur gegenwärtigen Gesellschaft bleibt hier weitgehend im Dunklen, so dass eine erstaunliche Nähe zwischen Lessenichs kritischer Theorie der Externalisierungsgesellschaft und Vertretern der Theorie funktionaler Differenzierung (Nassehi und Beckert) besteht: Dem Klimawandel wird man nicht wirksam entgegentreten können, so die geteilte Auffassung, die zugleich ausblendet, was dies konkreter für die Zukunft moderner Gesellschaften bedeutet.

c) Das Ende der Moderne, wie wir sie kannten

Die Zukunft, aber auch neue Formen der Vergesellschaftung nimmt der Soziologe Philipp Staab (2022) in den Blick, wenn auch ganz anders, als Lessenich dies vorschlägt. Er analysiert in seinem Buch *Anpassung* den Formwandel in eine adaptive Gesellschaft, in der Anpassung das zentrale Leitmotiv sei. Staab argumentiert, dass die moderne Gesellschaft, geprägt von Fortschrittsglauben, individueller Selbstentfaltung und dem Streben nach Perfektionierung, in ihrer Grundkonstellation an Grenzen stößt. Angesichts der planetaren Krisen von Klimawandel, Umweltzerstörung, Pandemien und zunehmenden Unsicherheiten sei ein radikales Umdenken erforderlich: Statt auf Zukunftsvisionen und Selbstverwirklichung müsse sich die Gesellschaft auf Selbsterhaltung und kollektive Verantwortung konzentrieren. Politik wird angesichts der vielfältigen Krisen immer reaktiver, langfristige Entwicklung wird zugunsten kurzfristiger Krisenbewältigung aufgegeben.

Anpassung erscheint Staab »als Bedingung der Fähigkeit zu *Lebensführung* in einer Welt, für die es kein Zurück zu Fortschritt und Modernität gibt« (ebd.: 19, [Herv. i. Orig.]). Anpassung werde zur Voraussetzung für das Überleben in einer unsicheren Welt, in der die Zukunft nicht mehr als unbegrenzt gestaltbar gilt. Der grenzenlose Anspruch auf individuelle Selbstverwirklichung hat nach Staab die Grundlagen der modernen Gesellschaft untergraben. Anpassung werde oft mit Konformismus gleichgesetzt, sei aber notwendig, um Freiheit und Stabilität zu bewahren. Staab sieht in der adaptiven Gesellschaft die Chance, Freiheit neu zu definieren und kollektive Überlebensstrategien zu entwickeln. Eine »protektive Technokratie« könne eine Antwort auf

die aktuellen Krisen sein, indem sie funktionale Hierarchien und sachliche Expertise in den Vordergrund stelle. Staab denkt hier besonders an die Potentiale digitaler Steuerungstechnologien, denen man zutrauen könne, »komplexe Gefahrenlagen einschätzbar und bearbeitbar zu machen und damit letztlich neue gesellschaftliche Koordinationsweisen in Aussicht zu stellen« (ebd.: 183). Staab rehabilitiert in seinem Buch das Konzept der Resilienz (das in der Soziologie keinen guten Leumund hat) und weist nach, dass Selbsterhaltung und Freiheit gemeinsam zu denken sind. Staabs Blick auf das Ende moderner Freiheitsvorstellungen und sein Fokus auf gesellschaftliche Anpassungsstrategien an den Klimawandel ist einerseits, angesichts der immer weiter steigenden Erderwärmung, gewissermaßen auf der Höhe der Zeit. Andererseits wird hier zugleich schon völlig die sozialwissenschaftliche Problemstellung aufgegeben, wie Klimaschutz denn effektiver gestaltet werden könnte. Für diesen scheint es schon zu spät zu sein, Staab setzt allein auf Klimaanpassung, was aus Sicht der Erdsystemwissenschaften keine Option sein darf, steuern wir so doch auf eine weitgehend unbewohnbare Welt zu. Seine These von der protektiven Technokratie ist ebenfalls provokant, bleibt aber extrem vage und wirft selbstverständlich ernste normative Fragen nach demokratischer Legitimität und Partizipationsmöglichkeiten auf.

Auch Ingolfur Blühdorns Buch *Unhaltbarkeit* (2024) stellt eine provozierende Analyse der westlichen Moderne und ihrer Krisen dar. Es kritisiert die Illusionen des »ökoemanzipatorischen Projekts«, das seit den 1970er-Jahren mit dem Aufstieg ökologischer Bewegungen und dem Leitbegriff der Nachhaltigkeit verbunden sei. Blühdorn argumentiert, dass die Hoffnungen auf ökologischen und demokratischen Fortschritt gescheitert sind und wir uns stattdessen in einer Metakrise befinden: der Krise des Kapitalismus, der ökologischen Krise, der Krise der Demokratie, den Auswirkungen der Künstlichen Intelligenz auf die Autonomie des Subjekts und dem Aufstieg Chinas.

Blühdorn sieht auch die Idee der Nachhaltigkeit als gescheitert an. Die westlichen Gesellschaften hätten sich trotz ökologischer Krisen nicht in Richtung Nachhaltigkeit bewegt, sondern ihre nicht-nachhaltigen Praktiken stabilisiert. Blühdorn argumentiert, dass moderne Subjektivität – geprägt von Freiheit, Selbstverwirklichung und Konsum – im Widerspruch zu ökologischer Nachhaltigkeit stehe. Die Spannung zwischen individueller Freiheit und notwendiger Selbstbegrenzung sei unauflösbar, was den Begriff der Nachhaltigkeit zu einer leeren Floskel

make (Blühdorn et al. 2020). Die emanzipatorische Linke habe versagt, da sie es nicht geschafft habe, die Maßlosigkeit der Moderne einzuhängen. Nicht-Nachhaltigkeit ist für Blühdorn strukturell fest in der Moderne verankert: Der Kapitalismus und das Wachstumsparadigma seien untrennbar mit der modernen Demokratie verbunden, was eine nachhaltige Gesellschaft verunmögliche.

Mit der Krise der westlichen Gesellschaften befindet sich für Blühdorn auch das Projekt der sozialökologischen Transformation und der Ökoemanzipation an seinem Ende. Dieses Projekt – getragen von der Umweltbewegung, grünen Parteien, Sozialwissenschaftler:innen und weiteren gesellschaftlichen Gruppen – sei nun normativ erschöpft. Die aktuellen Krisen sind für Blühdorn keine isolierten Phänomene, sondern Teil einer umfassenden »Einfachkrise«, die die Grundlagen der Moderne untergräbt. Er argumentiert, dass die Basisprinzipien der Moderne – wie individuelle Autonomie, Freiheit, kollektive Selbstbestimmung und ein neues Naturverhältnis – heute unterminiert werden und es mittlerweile vorstellbar ist, dass sie »sich einmal überleben« (Blühdorn 2024: 38). Die aktuellen Krisen ließen sich nicht mehr einfangen und statt Fortschritt führe dies zu einer »dritten Moderne«, die von autoritären Tendenzen und der Aufgabe emanzipatorischer Ideale geprägt sei: »Für die nächste Gesellschaft lässt sich entsprechend vermuten, dass sie nicht nur weiterhin kapitalistisch und [...] weiterhin nicht-nachhaltig sein wird, sondern drittens auch autokratisch-autoritär« (ebd.: 136). Im Kern geht es Blühdorn um das Zerbröckeln des zentralen Ankerpunkts der Moderne, nämlich um die Idee des autonomen Subjekts, von der man sich nun verabschieden müsse (ebd.: 159).

Blühdorn übt scharfe Kritik an einer kritischen Soziologie, die seiner Ansicht nach in ihrer Komfortzone verharre und die Realität der nicht-nachhaltigen Gesellschaft verkenne. Nicht die kapitalistische Gesellschaft zerfalle, wie kritische post- und ökomarxistische Ansätze postulieren, sondern »das Wertesystem der europäisch-westlichen Moderne« (ebd.: 161). Das Projekt universeller individueller Rechte und wachsender Gleichheit sei vorbei, für Blühdorn bringt die Zukunft vielmehr Schließungen, Kontrolle, Exklusion und Ungleichheit. Blühdorn stellt zurecht heraus, dass die vielfältigen Krisen unserer Zeit – allen voran die ökologischen Krisen – die Moderne extrem herausfordern, so dass diese an ihr Ende kommen mag. Doch ist sein Fokus auf individuelle Autonomie zu einseitig (vgl. Wagner 2024a). Neben individueller

Autonomie gibt es noch andere Kulturprinzipien der Moderne, und Teil des ökoemanzipatorischen Projekts ist ja bis heute stets auch die Kritik an einem individualistischen Freiheitsverständnis. Allein der Blick auf feministische, ökofeministische, postkoloniale und neomaterialistische Perspektiven der letzten Jahre zeigt, wie die Moderne von einer Kritik der Autonomie als einer Form der Abhängigkeitsverleugnung begleitet wird (Hoppe 2024a).

Hinzu kommt, dass Blühdorn zu stark vereinfacht und mit groben Pinselstrichen über schon erfolgreich vollzogene Klimaschutzmaßnahmen bspw. in der EU (siehe Kapitel 1) hinweggeht. Den Einfluss sozialer Bewegungen unterschätzt er ebenso, wie er umgekehrt zu wenig auf strukturelle Faktoren wie wirtschaftliche Zwänge oder die Beharrungskräfte vorhandener Infrastrukturen eingeht. Seine schon länger vorgetragene Kultur- und Subjektkritik ist zu einseitig und unterkomplex (vgl. dazu schon Brand 2021b). Darüber hinaus wohnt Blühdorns Entwurf eine geschichtliche Gewissheit inne, die zu stark von teleologischen Vorstellungen geleitet ist: Zum Ende der individuellen Autonomie scheint es keine Alternative zu geben; Mögliches und Reales werden so verwechselt.

Fazit: Wirkliches und Mögliches

Wir können nun ein erstes Fazit ziehen: Der Klimawandel ist keine isolierte Umweltkrise, sondern ein multidimensionales Problem, das ökonomische, politische, technische, kulturelle und viele weitere gesellschaftliche Felder tiefgreifend beeinflusst. Die bisherige Dominanz ökonomischer und technokratischer Ansätze hat sich als unzureichend erwiesen, da diese die Komplexität der Wechselwirkungen zwischen Gesellschaft und Natur unterschätzen. Technologische Fortschritte sind zwar wichtig, können aber keine grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen ersetzen, die für einen sozial-ökologischen Wandel erforderlich sind. Dabei haben sich die Soziologie und andere Sozialwissenschaften im Kern ihrer Disziplinen zu lange von den zeitgenössischen ökologischen Krisen ferngehalten, was auch dazu geführt hat, dass es an einer systematischen Integration sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse in die Klimaforschung und -politik lange Zeit mangelte. Viele soziologische Ansätze betonen mittlerweile, dass die kapitalistische Wachstumslogik, die auf Externalisierung von Kosten (etwa in

den Globalen Süden) und Ausbeutung natürlicher Ressourcen basiert, als zentrales Hindernis für eine nachhaltige Transformation angesehen werden muss. Konzepte wie Degrowth oder solidarische Lebensweisen werden demgegenüber als alternative Ansätze ins Feld geführt, bleiben jedoch oft vage in ihrer möglichen Umsetzung und stoßen auf strukturelle und politische Widerstände. Moderne Gesellschaften sind zudem durch funktionale Differenzierung und systemische Trägheit gekennzeichnet, was die Koordination übergreifender Krisen wie des Klimawandels erschwert. Die Erwartung, dass »große Gesten« oder öffentliche Appelle allein ausreichen, um gesellschaftliche Transformationen zu bewirken, wird daher richtigerweise als unrealistisch kritisiert. Stattdessen sind inkrementelle, aber konsequente Schritte erforderlich. Ohne klare Transformationsstrategien und politische Machbarkeitskonzepte bleiben alternative Konzepte wie Degrowth oft utopisch und tragen wenig zur unmittelbaren Bewältigung der Klimakrise bei – was nicht bedeutet, dass sie mittel- und langfristig ebenso wenig eine Rolle spielen werden. Eine radikale gesellschaftliche Transformation liegt strukturell und zeitlich nicht in Reichweite und erfordert daher einen ganz anderen, längerfristigen Zeithorizont, der mit dem Bedarf nach einer schnellen Reduktion von CO₂-Emissionen kollidiert.

Es gibt eine wachsende Anerkennung der Bedeutung lokaler Initiativen und pragmatischer Ansätze, die konkrete Maßnahmen zur Klimaanpassung und -minderung vorantreiben. Diese können jedoch nur dann erfolgreich sein, wenn sie in breitere politische und wirtschaftliche Strategien eingebettet sind. Die Dringlichkeit des Klimawandels steht also in einem Spannungsverhältnis zur realpolitischen und gesellschaftlichen Machbarkeit. Während die wissenschaftliche Gemeinschaft und soziale Bewegungen schnelles Handeln fordern, sind politische und soziale Systeme oft langsam und von Interessen am Status quo geprägt.

Aus Sicht der Theorie funktionaler Differenzierung besteht das Problem, dass die gesellschaftlichen Subsysteme alleinig ihrer eigenen Logik folgen und sich rücksichtslos gegenüber der gesamten Gesellschaft verhalten. Diese Eigendynamik der Teile führt dazu, dass übergreifende Ordnungs- und Koordinationsprobleme systematisch vernachlässigt werden. Je mehr Optionen in den gesellschaftlichen Teilsystemen bestehen, desto schwieriger wird es, sie aufeinander abzustimmen. So hat schon vor 40 Jahren der Soziologe und Politikwissenschaftler Claus Offe (1986) gefolgert, dass das zentrale Problem moderner Ge-

sellschaften nicht mehr die Steigerung von Handlungsmöglichkeiten, sondern die Entwicklung von Koordinationsmechanismen ist, denen es gelingen muss, die widersprüchlichen Teilrationalitäten aufeinander abzustimmen. Dass die moderne Gesellschaft aus einem »Ensemble von Teilmodernitäten« (ebd.: 106) besteht, welches sie nicht mehr steuern kann, ist auch im Angesicht der ökologischen Verheerungen das zentrale Problem zeitgenössischer westlicher Gesellschaften.

Da die Erderwärmung und andere ökologische Verheerungen (wie der Schwund der Biodiversität) realistisch nicht in den kommenden Jahren gestoppt werden, muss über die Folgen für Gesellschaften geforscht und kommuniziert werden (dies wird das Thema des folgenden 3. Kapitels sein). Nicht nur wird man intensiver über Maßnahmen zur Resilienzsteigerung und Anpassung sprechen müssen, auch die Möglichkeit eines radikalen gesellschaftlichen Zusammenbruchs ist ernstzunehmen – der dann auch das Ende der funktionalen Differenzierung bedeuten würde.⁴ Dieser wird in den hier vorgestellten Studien zum Teil schon angedeutet, aber noch nicht als reale Möglichkeit antizipiert und ausbuchstabiert.

Zugleich ist festzuhalten, dass es nicht um »alles oder nichts« geht: Sozialer Wandel ist möglich und findet statt; ihn kleinzureden oder zu ignorieren wäre fahrlässig und fatal. Das heißt, es braucht eine Soziologie, die Reales und Mögliches gleichermaßen in den Blick nimmt – die Realität der Trägheit von Gesellschaften ebenso wie die Realität des sich vollziehenden Wandels. Sodann: die Möglichkeit des gesellschaftlichen Zusammenbruchs und der Klimabarbarei wie auch die Möglichkeit einer Ausschöpfung von ungeahnten Transformationspotentialen – und vor allem auch alle Schattierungen zwischen diesen Polen.

Der wissenschaftliche und vor allem der soziologische Diskurs in Deutschland vernachlässigt also mögliche zukünftige Entwicklungen,

4 Luhmann war schon Mitte der 1980er Jahre so konsequent, Prozesse der Entdifferenzierung und des möglichen gesellschaftlichen Zusammenbruchs mitzudenken: »Man muß mindestens auch mit der Möglichkeit rechnen, daß ein System so auf seine Umwelt einwirkt, daß es später in dieser Umwelt nicht mehr existieren kann. Die primäre Zielsetzung autopoietischer Systeme ist immer die Fortsetzung der Autopoiesis ohne Rücksicht auf Umwelt [...]. Die Evolution sorgt langfristig gesehen dafür, daß es zu »ökologischen Gleichgewichten« kommt. Aber das heißt nichts anderes, als daß Systeme eliminiert werden, die einem Trend der ökologischen Selbstgefährdung folgen« (Luhmann 1986: 38 [Herv. FA]).

nämlich a) die potenziell katastrophalen Auswirkungen der Erderwärmung in den kommenden Dekaden und zugleich b) den durchaus vorhandenen Möglichkeitsraum für sozialökologischen Wandel. Es ist daher enorm wichtig, nicht nur fatalistische Szenarien zu malen oder postkapitalistische Welten zu imaginieren, sondern aktiv diesen Möglichkeitsraum von gigantischen Gefährdungen und zugleich vorhandenen Transformationsspielräumen zu erforschen und dabei gesellschaftspolitische Antworten mitzuentwickeln, die diesen Bedrohungen etwas entgegensetzen vermögen.

